

Schriller werdende Töne

Der anhaltende „Lockdown“ ruft Proteste hervor: Mehr und mehr Bürger fürchten um ihre Existenz

Michael Paulwitz

Im Land beginnt es zu brodeln. Trotz Kontaktsperrern, Abstandsgeboten und strengen Auflagen gehen die Menschen in zahlreichen Städten auf die Straßen. Mal sind es einige Dutzend, mal Hunderte oder Tausende und bisweilen sogar fünfstelligen Zahlen von Bürgern. Sie alle protestieren gegen die fortdauernde massive Einschränkung ihrer Grund- und Freiheitsrechte, gegen zunehmend willkürlich erscheinende Maßnahmen unter dem Banner der Bekämpfung der Sars-CoV-2-Pandemie und gegen den von oben verordneten lähmenden Stillstand des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens, für dessen Ende noch immer jede nachvollziehbare Perspektive und jeder Zeitplan fehlt.

Der Umgang mit dem Virus hat Staat und Gesellschaft in Deutschland schon jetzt drastisch verändert. Die Exekutive hat sich darin eingerichtet, die Bürger nicht wie mündige Subjekte einer aufgeklärten Republik zu behandeln, sondern wie törichte und trotzig Untertanen, denen ihr alltägliches Verhalten bis ins kleinste Detail vorgeschrieben werden muß; die zu ihrem eigenen Besten an die kurze Leine gelegt werden müssen und die sich für jede Wicklung, die von der Leine wieder lockergelassen wird, dankbar zu zeigen haben.

Verändert haben sich auch die Menschen durch die wochenlange Dauerbeschallung mit alarmistischen Sondermeldungen von der Virusbekämpfungsfront. Seit Wochen dreht sich praktisch der gesamte öffentliche Diskurs um Gesundheitsfragen, Ansteckung und Infektionsschutz. Andere existentielle Probleme und die Betrachtung der Risiken und Nebenwirkungen sind darüber zeitweise komplett in den Hintergrund getreten, um jetzt um so drängender wieder ins Bewußtsein zu treten.

Für die Kanzlerin und die Regierenden auf allen politischen Ebenen ist es fraglos verlockend, unter Berufung auf als unhinterfragbar präsentierte wissenschaftliche Autoritäten auch extreme Maßnahmen geräuschlos durchziehen zu können. So verlockend, daß es ihnen sichtlich schwerfällt, sich davon wieder zu lösen und den Gedanken zuzulassen, sie könnten auch falschliegen. Denn immer mehr Menschen bekommen die negativen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und gesundheitlichen Auswirkungen des permanenten Ausnahmezustands am eigenen Leib zu spüren.

Die Panik vor der Ansteckung weicht der berechtigten Furcht um das eigene wirtschaftliche und soziale Überleben, um Arbeitsplatz, Wohlstand und Lebensqualität und die eigene Zukunft. Daß sich Widerspruch regt und daß dieser Protest auch in die Öffentlichkeit drängt, ist im Grunde eine demokratische Selbstverständlichkeit. Doch

selbstverständlich ist vieles nicht mehr nach so vielen Wochen des erzwungenen Stillstands und der verordneten Isolation.

Für die etablierte Politik und ihre medialen Lautsprecher ist die Welt ganz einfach und schwarzweiß. Wer nicht weiter mitmachen will und etwas dagegen hat, „Lebensstil, Konsumverhalten und Wirtschaft grundlegend zu verändern“, muß, in den Worten von ARD-Chefredakteur Rainald Becker, ein „Spinner und Corona-Kritiker“ sein, ein „Verschwörungstheoretiker“, ein „Rechtsradikaler“. Die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker spricht abfällig von „Mischpoke“ und weiß dabei vermutlich nicht, wie tief sie damit in die Mottenkiste antisemitischer Agitations-Versatzstücke greift. Und die größte Sorge des thüringischen Innenministers und derzeitigen Vorsitzenden der Innenministerkonferenz, Georg Maier, sind angebliche Versuche „von Extremisten, die Proteste zu kapern“.

Daraus spricht ein gehöriges Maß an selbstgerechter Volksverachtung und tiefer Geringschätzung Andersdenkender. Die Masse derer, die auf die Straße gehen und sich auf Grundgesetz und Freiheitsrechte berufen, „betreutes Denken“ kritisieren, die verordnete Gesichtsmaskierung als „Maulkorb“ empfinden oder auch den zur Protest-Chiffre gewordenen Satz „Wir sind das Volk!“ skandieren, sind mit Sicherheit keine Irren und Rechtsextremisten. Ihnen diesen Stempel aufzudrücken wird den Protest auch nicht zum Verstummen bringen, kann allerdings eine Radikalisierungsspirale auslösen, die am Ende zur selbsterfüllenden Prophezeiung wird.

Freilich, manche, die sich auf „Hygiene“- und sonstigen Demos tummeln, liefern Vorlagen für solche Klischee-Etiketten. Gewiß, Meinungsfreiheit gilt für alle, auch für obskure oder abwegige Ideen. Eine wirklich freie Gesellschaft kann viel aushalten. Aber wer sich als freiheitlich oder konservativ gesinnter Bürger über die Einschränkung seiner Rechte oder die staatlich angeordnete Zerstörung seiner Existenz empört, wird sich auch fragen müssen, ob sein Anliegen in der Gesellschaft von Querfrontlern, Esoterikern und Ein-Themen-Sonderlingen, von denen nicht wenige, wie der Macher der undurchsichtigen Gruppierung „Widerstand2020“ aus der radikallinken Ecke kommen, wirklich in der richtigen Gesellschaft ist.

Wer auf der anderen Seite im Bewußtsein der Verfügung über staatliche Machtmittel und Meinungshoheit die eigene Position für unfehlbar hält, selbst wenn sie sich bisweilen im Wochentakt widerspricht, und jeden Kritiker und sogar Bischöfe, die berechnete Fragen stellen, ohne jede Differenzierung als „Verschwörungstheoretiker“ abtut, der sitzt selbst einer „Verschwörungstheorie“ auf.

Die schriller werdenden Töne sprechen für eine fatale Verhärtung der Fronten. Wut und Zorn speisen sich nur zu oft aus verletztem Gerechtigkeitsempfinden: Wenn Autoritäten, die eben noch Gesichtsmasken für nutzlos erklärt haben, sie wenige Wochen später zum Fetisch erheben; wenn Polizeikräfte regierungskritische Demonstranten martialisch anpacken, aber Araberclans und Linksextremisten mit Samthandschuhen anfassen. Demut vor dem Volk und Respekt vor bürgerlicher

Eigenverantwortung statt obrigkeitlicher Herablassung und Bevormundung sind der Schlüssel zur Überwindung gesellschaftlicher Spaltungen.

Corona und die Folgen

Das Wunder an der Grenze

Dieter Stein

Möglicherweise geht es Ihnen auch so, daß Sie seit Beginn des Corona-Ausnahmestandes vor zwei Monaten immer wieder hin und her gerissen waren: Was stimmt denn nun? Standen wir wirklich vor einer Katastrophe mit Hunderttausenden von Toten in Deutschland und Millionen weltweit, wie es die Projektionen der Krisenstäbe der Regierung behaupteten? Oder ist Sars-CoV-2 doch nur ein harmloses Grippevirus, an dem hierzulande nicht mehr sterben werden als bei der Grippewelle 2017/18, wie es einige Kritiker von Anfang an behaupteten? Ein prominentes Beispiel für die frühen Zweifler ist der Mikrobiologe Sucharit Bhakdi, den wir für diese Ausgabe interviewt haben.

Und haben wir in Deutschland aktuell so wenig Tote, weil wir gerade noch rechtzeitig und hart reagiert haben (im Gegensatz zu Großbritannien und den USA) und über ein vorzügliches Gesundheitssystem verfügen oder wären am Ende auch nicht viel mehr gestorben, wenn wir so zurückhaltend vorgegangen wären wie die Schweden? Die Wahrheit liegt wohl irgendwo zwischen diesen Polen.

Die Regierung hat, gestützt auf ihre Experten, drastische Maßnahmen ergriffen, die tief ins gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben sowie in Grundrechte eingegriffen haben. Die Folgen treten jetzt erst immer deutlicher zutage. Es sind massive Kollateralschäden, die die Fragen nach dem Sinn des „Lockdowns“ immer lauter werden lassen und in die Gesamtbilanz des Regierungshandelns einfließen. Zehntausende vernichtete Existenzen, Massenkurzarbeit, Entlassungen, die Sorgen der Eltern, von denen viele bis heute ihre Kinder nicht in Schulen und Kindergärten schicken können.

Quasi ein „Kollateralnutzen“ der Corona-Krise ist die Demonstration der Handlungsfähigkeit des Staates. Wie oft wurde behauptet, der Staat sei zu bestimmten Kontrollen und Maßnahmen nicht mehr in der Lage. Konstitutiv für den Nationalstaat – das ist Deutschland übrigens unverändert – ist nicht zuletzt die Hoheit über die Außengrenzen. Hier war es wegen Corona plötzlich wieder möglich, die Grenzen zu kontrollieren. Ergebnis: Die Bundespolizei meldet, zwischen 16. März und 5. Mai 1.800 zur Fahndung ausgeschriebene Personen an den Grenzen aufgegriffen zu haben. Na also.

Noch steht Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) auf der Bremse – doch im Zuge der kommenden Lockerungen fordert eine wachsende Zahl von Politikern die zügige Abschaffung der Grenzkontrollen. Könnte die Corona-Krise nicht aber die Gelegenheit sein, das Schengen-Abkommen zu reformieren und durch ein intelligentes Grenzregime zu ersetzen, das einerseits einen flüssigen freien Warenverkehr sicherstellt, andererseits die permanente Kontrolle gegen illegale Migration und flüchtige Straftäter sicherstellt? Wenigstens hier sollte eine neue Normalität durchgesetzt werden.

Ins Unkenntliche verzerrt

EZB-Urteil: Was bedeutet die Entscheidung für die EU-Staaten wirklich?

David Engels

Am 5. Mai 2020 hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) angesichts des stetig erweiterten europäischen Anleihenkaufprogramms nicht nur die EZB für die Unverhältnismäßigkeit ihrer Maßnahmen im Vergleich zu ihren vorgeschriebenen Zielen gerügt, sondern auch den EuGH kritisiert: Dieser habe durch die Unterstützung der EZB seine Kompetenzen überschritten.

Seitdem tobt ein Sturm durch die europäischen Institutionen, wobei sich bezeichnenderweise nicht die eigentliche Frage des Kaufprogramms im Zentrum befindet, sondern vielmehr die Auswirkungen der Entscheidung auf den inneren Zusammenhalt der EU. Denn es steht wohl außer Frage, daß das BVerfG ohnehin recht bald sein Verdikt korrigieren wird, hatte es doch in seinem Urteil die EZB eingeladen, die Verhältnismäßigkeitsprüfung nachzuholen: Das sollte mit ein wenig Rabulistik kein Problem darstellen, zumal notfalls der EuGH der EZB und sich selbst gerne einen Freifahrtschein ausstellen wird.

Nein, das wahre Problem liegt wieder einmal in der „Gefahr von rechts“, in diesem Falle den Regierungen der Visegradstaaten, wo Qualitätsmedien wie dem Spiegel zufolge „Osteuropas Rechtspopulisten über deutsche Richter jubeln“, und zwar weil sie nunmehr die Karlsruher Sorge um die Kompetenzüberschreitung des EuGH zum Vorwand nehmen können, selber ungestört den „Rechtsstaat auszuhebeln“.

In der tatsächlichen Diktion des polnischen Premiers liest es sich allerdings so: Das Karlsruher Urteil habe daran erinnert, daß „die [EU-]Verträge von den Mitgliedsstaaten geschaffen [werden] und sie bestimmen, wo für die Organe der EU die Kompetenzgrenzen liegen“; ohne Gewaltenteilung werde „jede Gewalt, auch die der Gerichtsbarkeit, zur [...] undemokratischen Macht“.

Die einzige Antwort auf diesen Affront, wie man es überall in den deutschen Medien lesen kann, ist daher: „Haltung“ zeigen; die EU verteidigen, auch wenn sie unrecht

haben sollte (man denke an Junckers „Es kann keine demokratische Entscheidung gegen die EU-Verträge geben“); darauf verweisen, daß „Meinungsverschiedenheiten der mitgliedstaatlichen Gerichte [...] die Einheit der Unionsrechtsordnung aufs Spiel [...] setzen“, wie der EuGH es in einem Communiqué kundtat; und notfalls Deutschland wegen Vertragsverletzung anklagen, wie Ursula von der Leyen ankündigte.

Und das alles so lange, bis Karlsruhe klein beigibt oder freiwillige Rücktritte den Weg zu mehr europäischem Geist bahnen – man kennt diese Eskalationsschaukel ja unter etwas anderen Vorzeichen vom Verfassungsschutz. Daß dieses Vorgehen in etwa dem entspricht, was man sonst den „Rechtspopulisten“ als „autoritäres Durchregieren“ vorwirft, entbehrt dabei nicht einer gewissen Pikanterie ...

Es würde zu weit führen, auf die formalen Feinheiten des Disputs einzugehen, zumal das wahre Problem bei den meisten Auseinandersetzungen zwischen der EU und ihren Mitgliedsstaaten gegenwärtig eben nicht darin liegt, wann, wo und von wem nationale oder europäische Kompetenzen überschritten wurden: Das wahre Problem ist, daß die EU – vereinfacht gesprochen – den Geist, der sie einst hervorbrachte, schrittweise bis ins Unkenntliche verzerrt hat und das Gegenteil von dem geworden zu sein scheint, was sie ursprünglich bezwecken sollte – ein Paradebeispiel für Hegels Gedanken, daß jede These aus sich selbst heraus ihre Antithese hervorbringt.

Ging es einst darum, christlich-abendländische Werte zu schützen, stehen heute Multikulti und Diversity im Vordergrund; wollte man ursprünglich die soziale Marktwirtschaft gegen Kommunismus wie Ultrakapitalismus verteidigen, erleben wir heute den Durchbruch des Milliardärssozialismus; und betrachtete man damals die Nationen als Träger von Demokratie und europäischer Identität, werden sie heute als Synonym für Chauvinismus und Intoleranz gebrandmarkt.

Deshalb wäre es auch sinnlos, die politische Diskussion um das Karlsruher Urteil oder die polnische Demokratisierung des Rechtssystems nur auf einer rein formalen Ebene zu führen, denn es geht schon lange nicht mehr nur um den Buchstaben, sondern um den Geist der Gesetze.

Es gilt daher vielmehr, die ursprünglich vielleicht sinnvolle, nunmehr aber gefährlich gewordene Logik der „Méthode Monnet“, eine „ever greater union“ lieber auf dem Weg des verwaltungsmäßigen Sachzwangs zu provozieren, als sie dem Entscheid der Bürger anzuvertrauen, durch eine Reformierung und Demokratisierung des bislang Erreichten zu überdenken; und es gilt, die einseitige, von der 1968er Generation betriebene Gleichsetzung der „europäischen Werte“ mit dem Ungeist des Universalismus und der „Political Correctness“ zu beanstanden. Die demokratischen Strukturen des 20. Jahrhunderts lebten einst davon, daß herrschende Positionen kritisch hinterfragt wurden und der Staat einen Rahmen, aber keine Inhalte vorgab.

Seit sich im öffentlichen Diskurs des 21. Jahrhunderts aber zunehmend eine politisch-korrekte „Leitmeinung“ durchgesetzt hat, die für sich absolute moralische

Überlegenheit beansprucht, die Auslegung des Gesetzes diktiert und alle anderen Positionen als „rechts“ diskreditiert, sind die Grundfesten der Demokratie erschüttert worden. Es war bereits vor Ausbruch der Coronavirus-Wirtschaftskrise mehr als fraglich, ob eine Lösung dieser Polarisierung überhaupt noch von innen heraus erzielt werden könnte; nunmehr aber sind die Aussichten noch düsterer geworden.

Prof. Dr. David Engels ist Professor für Römische Geschichte in Brüssel und forscht am Institut Zachodni (West-Institut) in Posen.

Es werden keine Barrikaden gestürmt

Markus Krall fordert eine bürgerliche Revolution: Libertäre Agenda und Abwehr des Kulturmarxismus
Michael Dienstbier

Seit gut zwei Jahren warnen uns die üblichen über die Staatsmedien verbreiteten Stimmen vor einer neuen Gefahr: „Crash-Propheten“ seien die Plage der Neuzeit, Panikmacher, politische Destabilisatoren, welche die von ihnen herbeigeschriebene Krise sehnlichst erwarteten, um das Land in autoritärem Sinne umzugestalten. Neben Marc Friedrich und Max Otte hat sich vor allem der Volkswirt und Unternehmensberater Markus Krall, dessen Bücher „Der Draghi-Crash“ (2017) und „Wenn schwarze Schwäne Junge kriegen“ (2018) sich hunderttausendfach verkauft, diesen Beinamen verdient. In ihnen sagte Krall den großen Kollaps für das dritte oder vierte Quartal des Jahres 2020 voraus, ausgelöst vor allem durch die Nullzinspolitik der EZB.

Nun ist der Crash da, und daß die Rezession kommt, bestreitet keiner mehr, nur über deren Ausmaße – Einbruch der Wirtschaftsleistung in diesem Jahr um fünf oder doch gar um zehn Prozent? – und Dauer wird eifrig gestritten. Kralls neues Buch „Die Bürgerliche Revolution“ erschien erst vor wenigen Wochen und doch in einem anderen Zeitalter. Abgeschlossen kurz vor Ausbruch der Corona-Pandemie, gewinnen Kralls Darlegungen angesichts der bisher getroffenen Krisen-Maßnahmen noch an Gewicht und verdeutlichen die Gefahr einer dauerhaften Umgestaltung bestehender Verhältnisse in Richtung eines planwirtschaftlichen Zentralismus auf Kosten unserer Freiheitsrechte.

Konzentrierte sich Krall im „Draghi-Crash“ auf die geldpolitischen Maßnahmen der EZB zur Rettung des Euro-Systems nach der Finanzkrise 2007/08 und dem Griechenland-Offenbarungseid 2010, zieht er nun kulturelle Entwicklungen in seine Analyse mit ein, um zu einer besorgniserregenden Schlußfolgerung zu kommen: Der Geldsozialismus der EZB und der von unserer polit-medialen Elite forcierte

Kulturmarxismus seien bereits in einem Maße institutionalisiert, daß nur eine von bürgerlichen Kräften getragene sanfte Revolution nach dem Vorbild von 1989/90 ökonomische und persönliche Freiheitsrechte wiederherzustellen in der Lage sei.

In zwei der zehn Kapitel rekapituliert Krall seine in den Vorgänger-Büchern gewonnenen Erkenntnisse, wonach der von der EZB nach unten manipulierte Zins als Subvention für nicht überlebensfähige Unternehmen und Staaten diene, was zu einer „Zombifizierung“ der Unternehmenslandschaft und somit zu einem Produktivitätsrückgang führe. Eine Zins-erhöhung auf natürliches Niveau würde sowohl die Zombieunternehmen als auch die Südländer in die Pleite treiben, weshalb die EZB diese Maßnahme nie treffen, sondern die Konkursverschleppung bis zum unvermeidbaren Crash weiterbetreiben werde. Dieser werde sich als Deflation mit anschließender Hyperinflation manifestieren.

Den zweiten Angriff auf die Grundlagen einer freiheitlichen Gesellschaft verortet Krall im Kulturmarxismus, der seit der Kulturrevolution von 1968 eine traditionelle Institution nach der anderen geschleift habe. Zu diesen Institutionen gehören Ehe und Familie, Eigentum, Individualität, Religion und Kunst, Kultur, Musik.

Entweder Stimmrecht oder Transferleistungsbezug

Wenn Eigentumsrechte zunehmend beschnitten werden, die Ehe als Gemeinschaft zwischen Mann und Frau als Keimzelle der Gesellschaft für alle geöffnet wird, so daß sie ihre Bedeutung verliert, Abtreibung als Grundrecht betrachtet wird und der Konsum als letzter verbleibender Kitt einer Gesellschaft ohne Willen zur Transzendenz dient, führe dies zu einem Werteverlust, welcher in einer Gesellschaft frei flottierender Egoisten resultiere, die zur Bildung einer identitäts- und kulturstiftenden Gemeinschaft nicht mehr willens und in der Lage seien.

Bürgerliche Revolutionäre, so Krall, müßten zuerst die Meinungsführerschaft mittels schlagkräftiger politischer Denkfabriken erobern, die unter anderem durch Organisation einer medialen Gegenmacht und Aktionen des zivilen Ungehorsams den Kampf um die Köpfe führen. Man sieht, bei Krall werden keine Barrikaden gestürmt – es ist vielmehr metapolitische Kärnerarbeit, die die Wende vorbereiten soll. Um so radikaler liest sich sein 100-Tage-Programm zur Neugestaltung unseres Gemeinwesens: Privatisierung der Rentenkasse, Abschaffung aller Subventionen, Privatisierung aller Nicht-Kernaufgaben des Staates – Kralls Vorstellung eines libertären Utopia. Um die Negativauswahl des politischen Personals zu beenden, sollen Abgeordnete eine berufliche Qualifikation und mindestens fünf Jahre Berufserfahrung vorweisen, eine sinnvolle Forderung, mit der Krall ganz der Traditionslinie der bürgerlichen Revolution von 1848 entspricht, deren liberale Träger ökonomische „Unabhängigkeit“ als zentrales Kriterium zur Teilnahme am politischen Prozeß bestimmten. Heftig kritisiert wird sein Vorschlag zur Reform des Wahlrechts: Um die Möglichkeit des Stimmenkaufs zu verhindern, muß sich jeder Bürger für die je

anstehende Legislatur zwischen seinem Stimmrecht und dem Empfang staatlicher Transferleistungen entscheiden.

Fundierte Analyse der globalisierten Finanz- und Kultureliten mit grundlegenden Reformvorschlägen. Als wertkonservativer Libertärer glaubt Krall an die selbstregulierenden Kräfte des Marktes mit gemeinschaftsfähigen Individuen als Fundament einer Nation. Auch wenn man des Autors Begeisterung für den „schlanken, effizienten Staat“ und „die heilsamen Kräfte des Marktes“ nicht uneingeschränkt teilen möchte, treffen seine Darlegungen und Analysen zukünftiger Entwicklungen den Nagel auf den Kopf. Der seit Jahren verunglimpfte „Crash-Prophet“ hat sich als helllichtige Cassandra erwiesen!

Markus Krall: Die Bürgerliche Revolution. Verlag Langen-Müller, Stuttgart 2020, gebunden, 272 Seiten, 22 Euro